ONLINE-DURCHSUCHUNG

Streit um Zeitplan

Der Innenexperte der SPD im Bundestag, Dieter Wiefelspütz, hält es „für völlig ausgeschlossen“, dass das geplante BKA-Gesetz noch in diesem Jahr in Kraft tritt. Daraus werde wohl selbst dann nichts, wenn die umstrittene Online-Durchsuchung von Computern erst mal ausgeklammert werde – eine Variante, die die SPD befürwortet, Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) aber strikt ablehnt. Auch dann könnte laut Wiefelspütz das Gesetz frühestens im Februar 2008 im Bundesgesetzblatt stehen. Ein höheres Tempo verbiete sich wegen einer Vielzahl weiterer sensibler Themen im Entwurf, darunter Rasterfahndung und Großer Lauschangriff. Weil das Verfahren daher ohnehin dauern werde, könne man auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum nordrhein-westfälischen Polizeigesetz abwarten. Die Richter beschäftigen sich vom Oktober an mit dem NRW-Gesetz, das auch einen Passus zur Online-Durchsuchung enthält. Mit einem Urteil rechnet Wiefelspütz Anfang 2008. Innenstaatssekretär August Hanning lehnt solche Überlegungen ab: „Diesen Zeitplan zu akzeptieren heißt im Klartext, das hohe Risiko einzugehen, dass die Online-Durchsuchung nicht mehr in dieser Legislaturperiode beschlossen wird.“ Möglicherweise haben die Sicherheitsbehörden derzeit Verdächtige im Auge, deren Computer sie überwachen wollen: „Wir brauchen das Instrument schnell. Dies erfordert die Gefahrenlage“, stellte Hanning fest.



Kampfschwimmer (in Eckernförde)

BUNDESWEHR

Mangel an Profis

Bei der Bundeswehr führt der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland zu einem akuten Mangel an Fachkräften. Die Armee befinde sich in einer „zunehmend starken Konkurrenzsituation“ mit der zivilen Wirtschaft, erklärt das Verteidigungsministerium in der Antwort auf eine FDP-Anfrage. Besonders knapp sind demnach Spezialisten für Informationstechnik und Datenverarbeitung, aber auch Piloten und Flugzeugmechaniker. Wegen der hohen Anforderungen an körperliche und psychische Belastbarkeit verzeichnen auch Elite-Einheiten wie das Kommando Spezialkräfte sowie Kampfschwimmer und Minentaucher der Marine „erheblichen“ Personalmangel. Selbst bei der Infanterie gibt es Lücken: So fehlen bei den Fallschirmjägern rund 20 Prozent der im

Nachgefragt

Eines für alle

„Da Bildung Ländersache ist, unterscheidet sich das Lehrmaterial von Bundesland zu Bundesland. Bildungsministerin Annette Schavan fordert bundesweit einheitliche Schulbücher. Finden Sie das richtig?“



JA	86 %
NEIN	11 %

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 31. Juli und 1. August; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

BUNDESKANZLERIN

Tee in Tegel

Liegt Berlin zwischen Tokio und Peking? Das ist eine Frage, mit der sich deutsche Diplomaten in der vergangenen Woche beschäftigen mussten. Für Ende August hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Reise nach Japan und China geplant. Die Regierung Wen Jiabaos in Peking fand jedoch, dass eine solche Doppelreise der Bedeutung ihres Landes nicht angemessen sei und wünschte einen exklusiven Besuch. Deshalb stand die Frage im Raum, ob die Kanzlerin von Tokio nach Berlin zurückfliegen müsse, um sich nach einer Tasse Tee am Flughafen Tegel auf den Weg nach Peking zu machen. Das wäre ein Umweg von rund 14 000 Flugkilometern gewesen und damit ein Rückschlag für die Klimapolitik der Kanzlerin. Nach Verhandlungen konnten ihr Diplomaten das ersparen, China ließ sich jetzt doch auf Merkels Plan ein.



MICHAEL KAPPELER / AFP

Wen Jiabao, Merkel in Peking (2006)



HERIBERT PROEPPER / AP

„Personal-Strukturmodell 2010“ vorgesehenen Feldwebel. Demgegenüber dienen aber offenbar mehr Rekruten als nötig: Im Heer ist der für 2010 vorgesehene „Zielumfang“ für Wehrpflichtige im neunmonatigen Grunddienst laut Wehrressort schon zu „rund 30 Prozent überschritten“. Statt „unnütz viele Wehrpflichtige einzuziehen“, moniert die FDP-Wehrexpertin Elke Hoff, solle Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) „endlich den Dienst für Freiwillige attraktiver machen“. Nur so könne die Bundeswehr „qualifizierten Nachwuchs“ anwerben.

BEAMTE

Sparen bei den Neuen

Einsteiger in eine Beamtenlaufbahn des Bundes sollen künftig bis zu zehn Prozent weniger verdienen. Dies geht aus einem Gesetzentwurf hervor, den Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) kürzlich Vertretern von Beamtenverbänden vorgestellt hat. Danach sollen Novizen erst nach einem Jahr das heutige Einstiegsniveau erreichen. Mit dem gesparten Geld könnte der Bund nach Angaben aus Ministerialkreisen besonders fleißige Beamte stärker honorieren. Gleichzeitig sieht eine geplante Novelle des Bundespolizeibeamtengesetzes vor, das Pensionsalter für Bundespolizisten von 60 auf 62 Jahre heraufzusetzen. Davon wird eine Signalwirkung für jene zwölf Bundesländer erwartet, die ihre Polizeibeamten noch mit 60 in Pension schicken.

REGIERUNG

Kein Geld für Visaprüfer

Wegen eines Streits zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Innenministerium wird es voraussichtlich nicht zum Einsatz von zusätzlichen Visaprüfern in den deutschen Auslandsvertretungen kommen. Ursprünglich war als Konsequenz aus dem massenhaften Visamissbrauch in den Jahren 2000 und 2001 geplant worden, in den nächsten Jahren die Zahl geschulter Dokumentenprüfer in den deutschen Botschaften auf rund 60 aufzustocken. Sie sollten dafür sorgen, dass Ausländer schneller auffliegen, die sich mit falschen Papieren Visa erschleichen wollen. Innenministerium und Auswärtiges Amt können sich aber nicht darauf einigen, wer die etwa fünf Millionen Euro zahlen soll, die der Einsatz der Polizeibeamten kosten würde. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) weigert sich, dafür zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen. „In etlichen Auslandsvertretungen gibt es immer noch erhebliche Probleme mit gefälschten Visaanträgen“, so der CDU-Innenpolitiker Reinhard Grindel: „Es kann nicht sein, dass wegen eines kleinlichen Streits um Geld die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik nicht gewahrt werden.“



SVEN KARSTEN / DDP

Schengen-Visum

INDUSTRIEPOLITIK

Bund will Goldene Aktie bei EADS

In Absprache mit der französischen Regierung plant der Bund sich nun direkt an dem europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS zu beteiligen. Das Engagement fällt aber denkbar gering aus. Berlin will nur eine einzige Aktie kaufen. Gegenwärtiger Kurs: Rund 22 Euro. Dieser Anteilsschein soll der Bundesregierung ein Vetorecht bei Veränderungen der Eigentümerstruktur sichern und so verhindern, dass der Luftfahrt- und Rüstungskonzern von ausländischen Staatsfonds oder missliebigen Privatinvestoren aufgekauft wird. Zu diesem Schritt, der zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy kürzlich erörtert wurde, sieht sich der Bund gezwungen, weil EADS eine Gesellschaft nach niederländischem Recht ist und deswegen die Einspruchsmöglichkeiten der Bundesregierung nach dem Außenwirtschaftsgesetz nicht gelten. Experten in Berlin hoffen zudem, dass dieses Konzept der sogenannten Goldenen Aktie es Frankreich ermöglicht, sich von seinem Staatsanteil an EADS zu trennen. Es mache keinen Sinn, 15 Prozent an dem Konzern zu halten, wenn der gleiche Einfluss mit nur einer Aktie zu erreichen ist, heißt es. Das Konzept der Goldenen Aktie soll aber auf den Fall EADS beschränkt bleiben. Andere strategisch wichtige Sektoren der Volkswirtschaft, zum Beispiel den Energie- oder Telekommunikationssektor, will die Bundesregierung unter den Schutz des Außenwirtschaftsgesetzes stellen. Die Folge: Der Bund könnte gegen einen Verkauf Einspruch erheben. Jüngsten Überlegungen zufolge sollen Unternehmen der Finanz- und Medienbranche nicht geschützt werden.



ETIENNE DE MALGLAIVE / EYEDEA PRESSE / GAMMA / STUDIO X

Airbus A380